

KK2 Klimakrise entschärfen: 1,5-Grad-Ziel erreichen. Ursachen jetzt angehen, Folgen abmildern

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 12.10.2018

Tagesordnungspunkt: 9. Klimakrise entschärfen: Ursachen jetzt angehen und Folgen abmildern

1 Es ist Zeit zu handeln. Das zeigt der Sonderbericht des Weltklimarats (IPCC) vom
2 8. Oktober auf drastische Weise. Der Bericht hat zwei zentrale Botschaften. Zum
3 einen macht es einen deutlichen Unterschied, ob die Durchschnittstemperatur 1,5
4 oder um zwei Grad steigt: Bei zwei Grad ist weltweit eine doppelt so große
5 Landfläche von Überschwemmungen bedroht, es droht ein um 60 Prozent höherer
6 Meeresspiegelanstieg, und der Verlust des Lebensraums für dreimal so viele
7 Insektenarten. Durch den Unterschied zwischen 1,5 und zwei Grad wären mindestens
8 400 Millionen Menschen mehr von Hunger und Elend durch Dürre und Überflutungen
9 betroffen. Jedes Zehntel Grad Erhitzung verändert unseren Planeten und hat
10 gravierende Folgen für Millionen von Menschen. Durch eine höhere Erwärmung
11 können zudem Kettenreaktionen in Gang gesetzt werden: Schmelzen etwa
12 Permafrostböden, werden große Mengen Methangas freigesetzt, was die Klimakrise
13 weiter beschleunigen würde.

14 Die zweite Botschaft ist mindestens genauso wichtig: Es ist noch möglich, die
15 Erhitzung der Erde auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Dafür braucht es schnelles
16 und radikales politisches Handeln, um den CO₂-Ausstoß wirksam zu reduzieren. Nur
17 so können wir den Planeten und unsere Lebensgrundlage für uns und nachfolgende
18 Generationen erhalten. Statt den Bericht zum Anlass zu nehmen, endlich
19 ambitionierte Klimapolitik zu machen, handeln und CDU und SPD in der Bundes- und
20 Landesregierung verantwortungslos. Die Bundesregierung versucht alles, um auf
21 europäischer Ebene bessere CO₂-Grenzwerte für PKW zu verhindern und die
22 niedersächsische Landesregierung unterstützt den Neubau eines neuen
23 Kohlekraftwerks in Stade.

24 Gegen diese Politik der Zukunftsverweigerung ist in der Bevölkerung eine breite
25 Bewegung für den Klimaschutz entstanden, die von vielen Akteur*innen der
26 Zivilgesellschaft und der Mitte der Gesellschaft getragen wird. Der Hambacher
27 Wald ist zum Symbol der Klimaschutzbewegung und für den Kohleausstieg geworden.
28 Anfang Oktober haben dies 50.000 Menschen eindrucksvoll demonstriert. Drei
29 Viertel der Bevölkerung wollen einen frühen Kohleausstieg und sind der Meinung,
30 die Bundesregierung tue nicht genug für den Klimaschutz. Sie sind nicht bereit,
31 der Zukunfts- und Realitätsverweigerung von CDU/CSU, SPD und FDP weiter zu
32 folgen. Wir kämpfen gemeinsam mit dieser breiten Mehrheit der Bevölkerung für
33 einen wirksamen Klimaschutz.

34 Dazu beigetragen hat auch der Dürre- und Hitzesommer 2018, der die Klimakrise
35 und ihre Folgen stärker in das Bewusstsein der Menschen und in die öffentliche
36 Debatte gerückt haben. Wir haben ganz konkret im Alltag erlebt, was es bedeutet,
37 wenn die Wetterextreme zunehmen: Gesundheitsprobleme gerade bei älteren und
38 kranken Menschen, brennende Wälder, Ernteauffälle in Milliardenhöhe durch
39 verdorrte Wiesen und Felder, Wasserversorger am Limit. Die Extremwetterlagen
40 haben in den letzten Jahren massiv zugenommen und werden weiter zunehmen. Die
41 Fachleute sind sich einig: Der Grund dafür ist die durch den Menschen

42 verursachte globale Erhitzung. Die Klimakrise kein Zukunftsszenario mehr, sie
43 ist angekommen, auch bei uns in Deutschland.

44 **Klimaschutz jetzt!**

45 Noch besteht die Möglichkeit, die Erhitzung des Planeten und die Folgen für
46 Mensch und Umwelt auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Um das zu erreichen,
47 sind konkrete Maßnahmen in einer Vielzahl von Bereichen nötig. Klimaschutz muss
48 endlich im Grundgesetz und in der niedersächsischen Landesverfassung verankert
49 werden. Das Ziel, spätestens bis 2050 weitestgehend klimaneutral zu sein, ist
50 für uns GRÜNE ebenso wenig verhandelbar, wie die Zwischenziele, bis 2020 40% und
51 bis 2030 mindestens 55% der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 1990
52 einzusparen. Für das Land Niedersachsen brauchen wir ein starkes
53 Klimaschutzgesetz und ein wirksames Sofortprogramm.

54 Ohne eine echte Verkehrswende hin zu emissionsfreier Mobilität können wir die
55 Klimaziele nicht erreichen. Es gilt, Verkehr zu vermeiden und Bus-, Bahn-, Rad-
56 und Fußverkehr als Alternative zum Auto deutlich attraktiver zu machen werden.
57 Dazu müssen die entsprechenden Bundes- und Landesmittel massiv erhöht werden.
58 Das Streichen von Landesfördermitteln für kommunale Radschnellwege geht komplett
59 in die falsche Richtung. Die Bundesregierung darf sich nicht weiter davor
60 drücken, klimapolitisch dringend gebotene CO₂-Grenzwerte für den Verkehrssektor
61 durchzusetzen. Auch die deutsche Autoindustrie hat nur dann eine Zukunft, wenn
62 sie sich den dringend nötigen Innovationen nicht weiter verschließt.

63 Eine erfolgreiche Energiewende braucht außerdem mehr Energieeffizienz im
64 Gebäudesektor (siehe auch Beschluss „Erfolgreiche Energiewende braucht eine
65 Politik der fairen Wärme“ der LDK vom 28. und 29. Mai 2016). Bau und Sanierung
66 müssen klar auf Klimaneutralität ausgerichtet sein. Dazu muss die
67 Bundesregierung die Energiesparstandards für Neubauten anheben und dafür sorgen,
68 dass im Bestand mehr und wirksamer saniert wird. Für uns ist dabei klar:
69 Energetische Modernisierung darf nicht für überzogene Mieterhöhungen missbraucht
70 werden.

71 Für einen schnellen Kohleausstieg

72 Wir stehen an der Seite derer, die für ein frühes Ende des fossilen Zeitalters
73 kämpfen. Um das Klimaschutzziel 2020 zu erreichen, müssen wir in den kommenden
74 zwei Jahren mindestens die 20 klimaschädlichsten Kohlekraftwerke abschalten. Der
75 Ausstieg aus der Kohle bis 2030 muss gesetzlich verankert werden. Bei der
76 Bundesregierung und der niedersächsischen Landesregierung ist die existenzielle
77 Notwendigkeit eines schnellen Kohleausstiegs noch nicht angekommen. In der
78 Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“, die sich um die Zukunft
79 der Kohleverstromung kümmern soll, kommt der Begriff „Klima“ noch nicht einmal
80 vor. Entsprechend handeln die Vertreter*innen von SPD, CDU und FDP auch: Statt
81 für die Rodung des Hambacher Waldes zumindest die Ergebnisse der
82 „Kohlekommission“ abzuwarten, ordnet die NRW-Landesregierung den größten
83 Polizeieinsatz der Geschichte des Bundeslandes an, um die Zerstörung dieses
84 wertvollen Lebensraums durchzusetzen. Eine Rodung der letzten Reste des
85 Hambacher Waldes lehnen wir daher kategorisch ab.

86 Um für die rund 20.000 Beschäftigten in der deutschen Braunkohlewirtschaft und
87 die Regionen eine neue Perspektive zu eröffnen, fordern wir die Bundesregierung
88 auf, die gute wirtschaftliche Lage im Land zu nutzen und ein Programm für den
89 Strukturwandel aufzulegen. Die Kohlekommission muss dafür einen Fahrplan für die

90 jeweiligen Regionen erarbeiten. Es geht darum, Perspektiven für Arbeitsplätze
91 jenseits der Kohle zu entwickeln, statt diese Arbeitsplätze für die
92 Verschleppung des unvermeidlichen Ausstiegs aus der Kohle zu
93 instrumentalisieren.

94 Niedersachsens Umweltminister und Kohlekommissionsmitglied Olaf Lies setzt sich
95 stattdessen für den Neubau eines Kohlekraftwerks in Stade-Bützfleth ein und
96 stemmt sich gemeinsam mit den Landesregierungen in Brandenburg, NRW, dem
97 Saarland und Sachsen-Anhalt gegen den schnellen Kohleausstieg ein. Es ist
98 aberwitzig in Stade ein Kohlekraftwerk zu bauen, das die Kohleverstromung dort
99 für mindestens 30 Jahre festschreiben würde. Deshalb fordern wir nicht nur für
100 das Abschalten alter Meiler, sondern lehnen auch den Neubau von Kohlekraftwerken
101 strikt ab. Wir GRÜNE stehen an der Seite derer, die für eine zukunftsfeste
102 Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik kämpfen.

103 Ein Preis, der die Wahrheit sagt

104 CO₂ muss endlich einen Preis haben, der mindestens den Kosten der Vermeidung von
105 Treibhausgasen entspricht. Damit sorgen wir auch dafür, dass sich Investitionen
106 in den Klimaschutz finanziell lohnen. Auch wenn die Preise für Zertifikate im
107 Europäischen Emissionshandel in den letzten Monaten angestiegen sind, muss dafür
108 unter anderem die Zahl der Zertifikate verknappt werden. Durch den
109 Emissionshandel werden EU-weit lediglich etwa 40% der CO₂-Emissionen erfasst.
110 Wir fordern eine ehrliche CO₂-Bepreisung auch für die Bereiche, die nicht vom
111 Emissionshandel erfasst sind, wie Verkehr, Landwirtschaft und Wärme. Mit den
112 Einnahmen sollen über einen Klimafonds Maßnahmen zum Klimaschutz und zur
113 Bewältigung der Folgen der Klimakrise finanziert werden.

114 Erneuerbare Energien fördern

115 Niedersachsen ist Deutschlands Windland Nr. 1: 11.000 Megawatt
116 Windenergieleistung sind zwischen Harz und Heide installiert, was der Leistung
117 von 11 großen Kohlemeilern entspricht. Aber auch in Niedersachsen macht sich das
118 Verschleppen der Bundesregierung beim Ausbau der Windkraft bemerkbar. Hinzu
119 kommt, dass im Jahr 2020 etwa jede vierte niedersächsische Windkraftanlage vor
120 dem Aus steht, weil die auf 20 Jahre begrenzte EEG-Förderung ausläuft und ein
121 wirtschaftlicher Weiterbetrieb der Anlagen nur in den seltensten Fällen möglich
122 sein wird. Der Ersatz dieser Anlagen durch moderne Neuanlagen scheitert jedoch
123 vielfach an höheren Abstandserfordernissen der größeren Neuanlagen etwa zur
124 Wohnbebauung oder pauschalen Höhenbegrenzungen der Kommunen. Eine wirksame
125 Lösung haben Landes- und Bundesregierung nicht.

126 Mit dem Windenergieerlass liegt aus der grünen Regierungszeit eine wichtige
127 Planungsgrundlage vor, um die Energiewende in Niedersachsen voranzubringen.
128 Damit können in den kommenden Jahren mindestens 20 Gigawatt Windkraftleistung
129 onshore in Niedersachsen errichtet werden. Die zur Erreichung dieses Ausbauziels
130 erforderlichen 1,4% der Landesfläche wurden im Windenergieerlass bezogen auf die
131 niedersächsischen Landkreise bzw. die Träger der Regionalplanung detailliert
132 dargestellt. Wir setzen uns dafür ein, die Flächengrößen, die im
133 Windenergieerlass benannt sind, regionalplanerisch abzusichern und im
134 Landesraumordnungsprogramm festzusetzen. Um den Bau neuer Windkraftanlagen auf
135 den vorhandenen oder auszuweisenden Vorrangflächen zügig zu realisieren, muss
136 die Bundesregierung beim Ausbau der Windenergie onshore wie offshore endlich
137 Tempo machen. Die lange angekündigte und immer wieder verschobene

138 Sonderausschreibung für weitere Wind- und Solarenergieleistung kann da nur ein
139 erster Schritt sein.

140 Mit der Energiewende zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen

141 So richtig und notwendig es ist, den rund 20.000 Beschäftigten in der deutschen
142 Braunkohlewirtschaft eine neue Perspektive zu eröffnen, so falsch ist es
143 ökologisch wie ökonomisch, diese Arbeitsplätze für die weitere Verschleppung des
144 dringend erforderlichen Ausstiegs aus der Kohle zu instrumentalisieren. Immerhin
145 sind im Bereich der Erneuerbaren Energien inzwischen rund 330.000 Arbeitsplätze
146 in Deutschland entstanden. Wie sehr diese Arbeitsplätze davon abhängen, dass der
147 Ausbau der Wind- und Solarenergie nicht weiter ausgebremst wird, zeigt das
148 Beispiel des Auricher Windenergieanlagenbauers Enercon: Die dort geplante
149 Streichung von rund 1.000 Arbeitsplätzen ist eindeutig auf den von der
150 Bundesregierung ausgebremsten Ausbau der Windenergienutzung zurück zu führen.
151 Von öffentlichem Interesse waren die Enercon-Pläne bezeichnenderweise nicht
152 primär wegen des Arbeitsplatzverlustes, sondern weil es die Enercon-
153 Geschäftsleitung nicht als lohnend erachtet hat, ihre Pläne mit dem
154 niedersächsischen Wirtschaftsminister zu erörtern.

155 Energie intelligent speichern

156 Ohne Speicher kann die Energiewende nicht gelingen. Bei guten Wetterbedingungen
157 erzeugen Solar- und Windenergieanlagen Überschüsse, die für dunkle und windarme
158 Zeiten gespeichert werden müssen. Nötig sind einerseits Kurzzeitspeicher wie
159 Pufferbatterien zur Verschiebung von Mittagsspitzen in den Abend und in die
160 Nacht. Hier kommt auch die Elektromobilität ins Spiel: Elektrofahrzeuge können
161 mobile Speicher für Strom aus erneuerbarer Energie sein. Darüber hinaus brauchen
162 wir dezentral verteilte große Langzeitspeicher. Die Kapazitäten von
163 Pumpspeicherkraftwerken werden künftig nicht ausreichen; außerdem stellen sie
164 einen großen Eingriff in die Natur dar. Effizientere Power-to-X-Speicher, bei
165 denen Strom in Gas, Wärme oder Flüssigtreibstoff umgewandelt wird, sind die
166 Zukunft. Wir fordern von der Landesregierung ein Förderprogramm für die
167 Entwicklung und den Bau dieser Speicher.

168 Die Bundesregierung schläft auch hier: Trotz gestiegener Forschungsanstrengungen
169 fehlt eine realistische Marktperspektive. Speicher müssen von Umlagen befreit
170 werden. Außerdem muss die Bundesregierung ein umfassendes Förderprogramm zur
171 Installation von Speichern auflegen, statt sich nur – weitestgehend erfolglos –
172 auf den Netzausbau zu konzentrieren.

173 Die Landwirtschaft umbauen

174 Die Landwirtschaft leidet bereits stark unter den Folgen der Klimakrise.
175 Gleichzeitig trägt sie erheblich zu ihr bei. Rund 12 Prozent der
176 Treibhausgasemissionen in Niedersachsen sind landwirtschaftlichen Ursprungs:
177 etwa durch die CO₂-Freisetzung aus entwässerten Mooren, durch Methan-Emission
178 aus der Tierhaltung und aus direkt oder indirekt gedüngten Gewässern und
179 Feuchtgebieten und nicht zuletzt durch Lachgasemissionen (N₂O) aus
180 landwirtschaftlichen Nutzflächen aufgrund hoher Stickstoffdüngung. Deshalb
181 stehen wir auch aus Klimaschutzgründen für eine Agrarwende in unserem Land.

182 Vernässtes (wachsendes) Moor ist in der Lage, große Mengen Treibhausgase zu
183 binden. Aus entwässerten und landwirtschaftlich genutzten Hoch- und Niedermooren
184 werden dagegen erhebliche Mengen CO₂ freigesetzt. Deshalb treten wir GRÜNEN für
185 die Wiedervernässung unserer Moore ein. Aber auch außerhalb der Moore sind die

186 Potenziale erheblich: Ein ökologisch bewirtschafteter Acker etwa bindet im
187 Vergleich zu konventioneller Bewirtschaftung aufgrund des höheren Humusgehalts
188 im Oberboden pro Hektar rund 6 Tonnen mehr Kohlenstoff; wenn Dauergrünland in
189 Ackerland umgewandelt wird, löst auch das CO₂-Emissionen aus. Wir fördern daher
190 den ökologischen Landbau und treten für ein Verbot des Umbruchs von
191 Dauergrünland ein.

192 Eine Agrarwende hin zu ökologisch verträglicher Landwirtschaft, die
193 Landwirtinnen und Landwirte unterstützt und auch vor den Folgen der
194 Klimaänderungen schützt, wird nur gelingen, wenn wir die Agrarförderung ändern.
195 Pauschale Flächenprämien, die sog. Direktzahlungen, wollen wir komplett
196 abschaffen und die Mittel vollständig zugunsten der Honorierung ökologischer
197 Leistungen und von Tierschutzleistungen der Landwirtschaft umschichten. Damit
198 wollen wir positive Anreize setzen und den Landwirt*innen den Umstieg
199 erleichtern. Auch weil die Förderrichtlinien auf europäischer Ebene festgelegt
200 werden, ist die Europawahl im Mai 2019 so wichtig. Nur mit starken GRÜNEN im EU-
201 Parlament wird die Agrarwende gelingen.

202 **Folgen der Klimakrise abmildern**

203 Nicht erst der trocken-heiße Sommer 2018 hat gezeigt, dass die Klimakrise
204 schwere Folgen hat: für die Gesundheit von Menschen, für unseren Lebensraum,
205 aber auch finanzielle Folgen. Wir werden viele Maßnahmen ergreifen müssen, um
206 mit den Auswirkungen umzugehen, die sich nicht mehr vermeiden lassen. Dazu
207 gehören trockene Hitzeperioden, lokale Starkregenereignisse und langanhaltende
208 ergiebige Niederschläge sowie vermehrte starke Sturmfluten. In vielen Teilen der
209 Welt verlieren Menschen ihre Heimat, weil ihre natürlichen Lebensgrundlagen
210 zerstört werden oder Kriege und Konflikte um klimabedingt knapper werdende
211 Ressourcen herrschen. Im reichen Europa leiden vor allem Kinder, alte Menschen
212 und Kranke unter den Folgen der Erhitzung. Die meisten anderen Folgen können wir
213 womöglich mit hohem finanziellem Aufwand zunächst bewältigen oder zumindest
214 eingrenzen. Das gilt allerdings nur, wenn es gelingt die Erhitzung auf unter
215 zwei Grad zu begrenzen. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, die
216 Klimakrise sei schon irgendwie technisch beherrschbar. Wenn das Szenario einer
217 Heißezeit, mit einer Erhöhung der Durchschnittstemperatur um vier bis fünf Grad,
218 auf die das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung Anfang August dieses
219 Jahres hingewiesen hat, tatsächlich eintritt, wird der Klimawandel nicht im
220 reichen Mitteleuropa und erst recht nicht in ärmeren Regionen der Erde
221 beherrschbar sein.

222 Die Abmilderung der Folgen der Erderhitzung und der Klimaveränderungen ist eine
223 Querschnittsaufgabe, die in allen Bereichen zu beachten und frühzeitig zu
224 berücksichtigen ist: An den Küsten müssen Deichhöhen angepasst und im Binnenland
225 die Überflutungsflächen ausgeweitet werden; in Städten muss das Binnenklima und
226 der Katastrophenschutz verbessert werden; überall im Land muss die Kanalisation
227 für Starkregen erweitert werden. Die Arbeit der niedersächsischen
228 Regierungskommission Klimaschutz, die in ihrem 2012 vorgelegten Abschlussbericht
229 580 Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel dargestellt hat, zeigt, dass sich
230 die Liste der notwendigen Maßnahmen fast beliebig verlängern ließe.

231 Deshalb fordern wir als neues Planungsinstrument eine
232 Klimaverträglichkeitsprüfung für alle Pläne auf Bundes-, Landes- und kommunaler
233 Ebene. Für den Generalplan Küstenschutz ist es längst gängige Praxis, die
234 vorgesehenen Maßnahmen auf ein Ansteigen des Meeresspiegels auszulegen. Diese

235 Logik muss auch in anderen Bereichen zum Standard werden. Die möglichen
236 Auswirkungen des Klimawandels müssen in allen Bereichen identifiziert und ein
237 Umgang damit rechtzeitig und nachvollziehbar planerisch berücksichtigt werden.
238 So müssen in Flächennutzungsplänen und Raumordnungsprogrammen in regelmäßigen
239 Abständen dargestellt werden, welche Auswirkungen des Klimawandels zu erwarten
240 sind und wie man diesen begegnen will.